



**Niederschrift  
über die 11/4. Sitzung des Rates  
am Montag, 26.04.2021**

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **20:38 Uhr**

Von den Mitgliedern waren  
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

---

Bürgermeister

Banken, Ludger

Ratsmitglieder (CDU)

Pfahl, Ferdinand

Erster Beigeordneter  
Knauber, Dr. Raffael

Ratsmitglieder (CDU)

Brozio, Kurt

Burke, Thomas

Hell, Mathias

Knott, Jan

Pütz, Markus

Rick, Ilka

Sander, Ulrich

Schneider, Joachim

Schragen, Georg

Thielen, Maureen, Dr.

Weber, Bruno

Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.

Wolf, Oliver

Ratsmitglieder (UWG)

Meyer, Jörg

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Rupprecht, Deborah

Kämmerer  
Kohlosser, Walter

Fachbereichsleiterin  
Hoffmann, Daniela

Fachbereichsleiter  
Rösner, Wolfgang

Fachbereichsleiterin  
Thünker-Janzen, Margit

Schriftführerin  
Wilhelm, Sonja

Ratsmitglieder (SPD)

Grünberg, Pia

Kerstholt, Karl Heinrich

Koch, Martina

Krupp, Ute

Lüdemann, Jürgen

Quadflieg, Donat

Rohloff, Michael

Vary, Eva

Wilmers, Georg, Dr.

---

Ratsmitglieder (UWG)

Huth, Dieter  
Josten-Schneider, Silke  
Kramme, Hinrich  
Schüller, Ellen  
Specht, Dagmar  
Stein, Norbert

Ratsmitglieder (FDP)

Euskirchen, Lorenz  
Rentzsch, Jana  
Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Beckers, Carolin  
Bogert, Stephan  
Lenke, Nils, Dr.  
Nagel, Axel  
Schiebener, Heribert  
Seiffert-Schollmeyer, Urte

# Tagesordnung

zur 11/4. Sitzung des Rates  
am Montag, 26.04.2021

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
<b>A)</b>	<b>ÖFFENTLICHE SITZUNG</b>	
<b>1</b>	<b>Einführung des Rats Herrn Norbert Stein</b>	MI/0038/2021
<b>2</b>	<b>Anerkennung der Tagesordnung</b>	
<b>3</b>	<b>Einwohnerfragestunde</b>	
	./.	
<b>4</b>	<b>Bürgeranträge</b>	
4.1	Bürgerantrag vom 01.11.2020 betreffend Rückschnitt der städtischen Bäume im rückwärtigen Bereich der Häuser Am Reuterpfad 3 und Am Reuterpfad 5	BA/0029/2020
<b>5</b>	<b>Ortsrecht</b>	
5.1	1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach vom 2. November 2020	BV/0101/2021
<b>6</b>	<b>Allgemeine Angelegenheiten</b>	
	./.	
<b>7</b>	<b>Finanzangelegenheiten</b>	
7.1	Dienstanweisung über die Grundsätze der Ermächtigungsübertragung	BV/1524/2021
7.2	Umgang mit fälligen Elternbeiträgen für Kita, Kindertagespflege, OGS und Übermittagsbetreuung während des eingeschränkten pandemiebedingten Betriebes ab Februar 2021	BV/1534/2021
<b>8</b>	<b>Grundstücksangelegenheiten</b>	
	./.	

<b>9</b>	<b>Bau- und Planungsangelegenheiten</b>	
9.1	Bebauungsplan Rheinbach Nr. 31 "Gewerbegebiet Meckenheimer Straße" 4. Änderung für den Bereich Kleine Heeg/Römerkanal im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB; hier: Gesamtabwägung und Satzungsbeschluss	BV/1509/2021
<b>10</b>	<b>Besetzung von Ausschüssen und Gremien</b>	
10.1	Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss	BV/1520/2021
10.2	Nachbesetzung im Betriebsausschuss	BV/1527/2021
10.3	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen	BV/1528/2021
10.4	Nachbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Mobilität	BV/1529/2021
10.5	Nachbesetzung im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport	BV/1526/2021
<b>11</b>	<b>Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern</b>	
11.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2021 zur Realisierung einer Mehrzweckhalle in Wormersdorf	AN/0511/2021
11.2	Grundsatzantrag der SPD-Fraktion vom 23.02.2021 zu den Prioritäten des Rates in der aktuellen Ratsperiode	AN/0515/2021
11.3	Antrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2021 zur Erstellung von Dorfentwicklungskonzepten	AN/0521/2021
<b>12</b>	<b>Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung</b>	
12.1	Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.01.2021 zur Digitale Infrastruktur / IT-Ausstattung innerhalb der Verwaltung	AF/0010/2021
12.2	Anfrage der UWG-Fraktion vom 03.02.2021 zu den Straßenausbaubeiträgen	AF/0145/2021
12.3	Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.02.2021 zum Sachstand der Planung bzw. Umsetzung einer Lebensmittel-Nahversorgung in Wormersdorf	AF/0006/2021
12.4	Anfrage der UWG-Fraktion vom 23.02.2021 zur Nachbepflanzung von Bäumen in Ramershoven	AF/0008/2021
12.5	Anfrage der UWG-Fraktion vom 25.02.2021 zum Energiebericht 2019	AF/0007/2021
12.6	Anfrage der FDP-Fraktion vom 28.02.2021 zur digitalen Ausstattung der Rheinbacher Grundschulen und digitalen Infrastruktur der Verwaltung	AF/0005/2021
12.7	Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.03.2021 zu den offenen Bürgeranträgen	AF/0009/2021

- |       |   |              |
|-------|---|--------------|
| 12.8  | Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.03.2021 zur Fußgängerbrücke vom Drosselweg über den Gräbbach zur Schützenstraße | AF/0003/2021 |
| 12.9  | Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.03.2021 zur Marienkapelle auf dem Pallotti-Areal                                | AF/0004/2021 |
| 12.10 | Anfrage von Ratsfrau Carolin Beckers vom 11.04.2021 zum Denkmalschutz der Pallottikirche                        | AF/0011/2021 |
| 12.11 | Anfrage von Ratsfrau Carolin Beckers vom 11.04.2021 zur Behinderung der Müllabfuhr im Meistermannweg            | AF/0012/2021 |

**13            Mitteilungen des Vorsitzenden**

**B)            NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

**14            Allgemeine Angelegenheiten**

./.

**15            Finanzangelegenheiten**

- |      |  |              |
|------|--|--------------|
| 15.1 | Änderung der Vergütungssätze für die Vermittlung von Holz aus den Forstbetriebsgemeinschaften Alfter und Altendorf-Ersdorf | BV/1525/2021 |
|------|--|--------------|

**16            Bau, Vergabe- und Planungsangelegenheiten**

./.

**17            Grundstücksangelegenheiten**

- |      |   |              |
|------|---|--------------|
| 17.1 | Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB;<br>hier: Gemarkung Neukirchen, Flur 14, Flurstück 127                  | BV/1531/2021 |
| 17.2 | Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB;<br>hier: Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 39, Flurstück T. a. 183  | BV/1533/2021 |
| 17.3 | Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB;<br>Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 39, Flurstücke T. a. 183 + 187 | BV/1518/2021 |

**18            Personalangelegenheiten**

./.

**19            Mitteilungen des Vorsitzenden**

**Mündliche Anfragen**

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

Bürgermeister Banken begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Damen und Herren des Rates, die Mitarbeiter\*Innen der Verwaltung, die Besucher\*Innen und die Vertreter\*Innen der Presse.

Noch vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt er in einer Schweigeminute den zwanzig Mitbürger\*Innen, die seit Beginn der Pandemie im März 2020 an Covid-19 verstorbenen sind.

Im Anschluss verabschiedet er Herrn Dr. Reinhard H. Ganten, der auf eigenen Wunsch mit Ablauf des 31. März 2021 aus dem Rat ausgeschieden ist. Bürgermeister Banken würdigt das kommunalpolitische Engagement von Herrn Dr. Ganten und freut sich, dass er das Amt des Ortsvorstehers von Tonfeld weiter fortführen wird.

## A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Einführung des Rats Herrn Norbert Stein
-----	---	---

Als Nachfolger für Herrn Dr. Reinhard H. Ganten wird Herr Norbert Stein in den Rat nachrücken. Bürgermeister Banken begrüßt ihn sehr herzlich. Eine Verpflichtung entfällt, da Rats Herr Stein bereits am 16.03.2021 in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen als sachkundiger Bürger verpflichtet wurde.

TOP	2	Anerkennung der Tagesordnung
-----	---	------------------------------

Bevor die Anerkennung der Tagesordnung erfolgt, sind noch zwei Korrekturen der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 8. Februar 2021 erforderlich.

- Rats Herr Dr. Lenke (Grüne) bittet um Korrektur seiner Aussage zum TOP 5.3 - Festlegung der kommunalen Klassenrichtzahl und Verteilung auf die Grundschulen. Er wies darauf hin, dass seine Darstellungen grob sinnenstehend seien. Die korrekte Aussage lautet wie folgt: Rats Herr Dr. Lenke (Grüne) merkt an, dass die Grundschulen in den Ortschaften katholisch sind. Dadurch könne die absurde Situation eintreten, dass auswärtige Kinder katholischer Konfession, den Merzbacher Kindern, die nicht katholisch sind, vorzuziehen sind.
- Bei TOP 6.3 hat sich ein Fehler in der Aufzählung der namentlichen Abstimmung eingeschlichen. Nicht Rats Herr Bogert hat gegen den Haushalt gestimmt, sondern Rats Herr Dr. Nils Lenke.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bat im Nachgang zur Ratssitzung vom 08.02.2021 darum, dass die persönliche Stellungnahme von Rats Frau Beckers in der Niederschrift festgehalten werden sollte. Diese lautet wie folgt: „Der Haushalt beinhaltet wirklich einige wichtige Dinge und natürlich auch kleinere Anträge der Grünen. Die Rahmenbedingungen sind dieses Jahr besonders schwierig, besonders im Hinblick auf das letzte Jahr. Das darf und kann aber nicht daran hindern, dass man mit einem Plan in die Zukunft denkt. Davon ist im Haushalt 2021 mir allerdings viel zu wenig erkennbar. Dieser Haushalt verwaltet für mich die Gegenwart und setzt die Zukunft unter einen Fördermittelvorbehalt, wie z.B. bei den Blauen Straßen. Oder man prüft den Weg in die Zukunft so lange, bis die Zukunft schon längst da ist, wie z.B. im Falle eines aktiven Baulandmanagements. Deshalb kann ich als 24-jährige und als Vertreterin meiner Generation diesem Haushalt leider aus Überzeugung nicht zustimmen.“ Dies wird künftig berücksichtigt.

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

Danach stellt Bürgermeister Banken fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Die heutige Tagesordnung soll um folgende Punkte erweitert werden:

TOP 7.2           Umgang mit fälligen Elternbeiträgen für Kita, Kindertagespflege, OGS und Übermittagsbetreuung während des eingeschränkten pandemiebedingten Betriebes ab Februar 2021

TOP 17.3         Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB;  
Grundstück Gemarkung Rheinbach, Flur 39, Flurstücke T. a. 183 + 187

Ratsherr Schneider (CDU) bittet zukünftig darauf zu achten, dass bei Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung nur zwei Anfragen mit je bis zu drei Teilfragen je Ratsmitglied und je Fraktion möglich sind.

Da sonst keine Einwände mehr erhoben werden, lässt Bürgermeister Banken über die Tagesordnung mit den genannten Änderungen abstimmen.

Anschließend benennt Bürgermeister Banken Ratsfrau Jana Rentzsch (FDP), Ratsherrn Mathias Hell (CDU) und Ratsfrau Martina Koch (SPD) zu Stimmzähler\*innen.

<b>Beschluss</b>						
Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form anerkannt.						
<b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</b>						
	<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>UWG</b>	<b>GRÜNE</b>	<b>FDP</b>	<b>BM</b>
<b>JA</b>	X	X	X	X	x	*)
<b>NEIN</b>						
<b>ENTHALTUNG</b>						
*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.						

TOP	3	Einwohnerfragestunde
-----	---	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

TOP	4	Bürgeranträge
-----	---	---------------

TOP	4.1	Bürgerantrag vom 01.11.2020 betreffend Rückschnitt der städtischen Bäume im rückwärtigen Bereich der Häuser Am Reuterpfad 3 und Am Reuterpfad 5
-----	-----	---

Da es immer wieder zu Problemen mit dem Wurzelwerk auf Gehwegen oder in Ein- und Ausfahrten kommt, schlägt Ratsfrau Koch (SPD) vor, hier wie im Jugendhilfeausschuss einen Unterausschuss im Ausschuss für Umwelt und Mobilität zu installieren, damit die Politik und Verwaltung gemeinsam nach Lösungen suchen könne.

Ratsherr Huth (UWG) spricht sich gegen den Vorschlag von Ratsfrau Koch (SPD) aus, da seiner Meinung nach die bisherige Verfahrensweise ausreicht.

Bürgermeister Banken macht den Vorschlag, die Angelegenheit zunächst im Ausschuss für Umwelt und Mobilität zu belassen und lässt dann über den vorliegenden Bürgerantrag abstimmen.

<b>Beschluss</b>																													
Dem Bürgerantrag kann nicht entsprochen werden.																													
<b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</b>																													
	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <th>JA</th> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <th>NEIN</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <th>ENTHALTUNG</th> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	X																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	5	Ortsrecht
-----	---	-----------

TOP	5.1	1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach vom 2. November 2020
-----	-----	---

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) fragt nach, ob auf der neuen Homepage die Bekanntmachungen direkt gefunden werden können oder ob die Internetadresse anschließend nochmals präzisiert werden muss?

Eine Präzisierung der Internetadresse in der Hauptsatzung sei nicht zwingend erforderlich, so Fachbereichsleiterin Hoffmann. Es könne aber gerne auch ein präziserer Hinweis zur Verbesserung des Service erfolgen (z.B. [www.rheinbach.de/öffentliche](http://www.rheinbach.de/öffentliche) Bekanntmachungen).

<b>Beschluss</b>	
Der Rat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach vom 2. November 2020.	

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt  
gegen die Stimme von Ratsherrn Schragen (CDU)**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
<b>JA</b>	12	X	X	X	X	X
<b>NEIN</b>	1					
<b>ENTHALTUNG</b>						

TOP	6	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	7	Finanzangelegenheiten
-----	---	-----------------------

TOP	7.1	Dienstanweisung über die Grundsätze der Ermächtigungsübertragung
-----	-----	--

<b>Beschluss</b>						
Der „Dienstanweisung der Stadt Rheinbach über die Grundsätze der Ermächtigungsübertragung gemäß § 22 Abs. 1 KomHVO NRW“ wird zugestimmt.						
<b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</b>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	X
<b>NEIN</b>						
<b>ENTHALTUNG</b>						

TOP	7.2	Umgang mit fälligen Elternbeiträgen für Kita, Kindertagespflege, OGS und Übermittagsbetreuung während des eingeschränkten pandemiebedingten Betriebes ab Februar 2021
-----	-----	---

Fachbereichsleiter Rösner berichtet, dass es ein Angebot von Minister Dr. Stamp an die Kommunen gebe, zwei Monatsbeiträge zu erlassen. Allerdings sei dieses Angebot noch nicht präzisiert und werde zurzeit noch vom Land NRW und den Kommunalen Spitzenverbänden erörtert. Sobald eine Entscheidung vorliege, müsse der Haupt- und Finanzausschusses hierzu eine Entscheidung treffen. Möglich wäre aber auch, dass der Rat in der heutigen Sitzung die Verwaltung ermächtigt, ohne weitere Beschlussfassung die landesweite Handlungsempfehlung umzusetzen.

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

Bürgermeister Banken macht deutlich, dass beim Erlass der Elternbeiträge für die Monate Februar bis April mit Wenigereinnahmen von fast 400.000 € zu rechnen sei. Er macht auch nochmals deutlich, dass zwischen der Tageseinrichtung für Kinder/Kindertagespflege mit einem zum Teil vollständigen Angebot und der Offenen Ganztagschule und Übermittagsbetreuung mit geringem bis gar keinem Angebot unterschieden werden muss.

Ratsherr Huth (UWG) spricht sich für den Erlass der Elternbeiträge in der OGS und Übermittagsbetreuung aus, da keine Leistungen erbracht wurden. Bei den Tageseinrichtungen für Kinder und der Kindertagespflege müsse gezielter nach den tatsächlich in Anspruch genommenen Angeboten abgerechnet werden. Falls dieses Verfahren so nicht umsetzbar sei, spricht er sich für die Ermächtigung der Verwaltung ohne weitere Sitzung aus, damit die Handlungsempfehlung des Landes direkt umgesetzt werden könne.

Da aus der Presse zu entnehmen war, dass Minister Dr. Stamp eine 50 %ige Erstattung für zwei Monate zugesagt habe, wenn die Kommunen die anderen 50 % tragen, sei dies Basis genug, den Eltern heute ein klares Signal zu geben, dass die Stadt gewillt ist, sie zu entlasten, so Ratsherr Dr. Lenke (Grüne). Für die konkrete Entscheidung spricht er sich für eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses aus, da es um erhebliche Beträge gehen wird.

Die Fraktionen der SPD und FDP vertreten die Auffassung, dass mit einer konkreten Entscheidung abgewartet werden solle, bis das Land NRW ein präzises Angebot macht. Dass die Stadt willens sei, die Eltern angemessen zu unterstützen, werde durch diese Diskussion bereits deutlich.

Ratsherr Schneider (CDU) spricht sich ebenfalls dafür aus, das konkrete Angebot der Landesregierung abzuwarten und anschließend eine Entscheidung im Haupt- und Finanzausschuss zu treffen.

Einigkeit besteht darüber, dass sich die Stadt Rheinbach an den Kosten für Tageseinrichtung für Kinder/Kindertagespflege und der Offenen Ganztagschule und Übermittagsbetreuung beteiligen werde, wenn ein Angebot vom Land NRW kommen sollte.

Ein Sonderkündigungsrecht der Verträge soll ermöglicht werden. Klärungsbedarf sieht Ratsherr Kramme (UWG) noch darin, ob bei der Wiederaufnahme des Regelbetriebes der Anspruch auf einen Platz verloren geht.

<b>Beschluss</b>																																		
<p>Der Rat beschließt mit dem Umgang der fälligen Elternbeiträge für Kita, Kindertagespflege, OGS und Übermittagsbetreuung während des eingeschränkten pandemiebedingten Betriebes ab Februar 2021 zu warten, bis konkrete Regelungen durch das Land getroffen werden.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</b></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><b>JA</b></td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td><b>NEIN</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><b>ENTHALTUNG</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	<b>JA</b>	X	X	X	X	X	X	<b>NEIN</b>							<b>ENTHALTUNG</b>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	X																												
<b>NEIN</b>																																		
<b>ENTHALTUNG</b>																																		

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

Sobald die Entscheidung des Landes NRW vorliegt, wird eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses einberufen, sofern kein regulärer Sitzungstermin vorgesehen ist.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

	<b>CDU</b>	<b>SPD</b>	<b>UWG</b>	<b>GRÜNE</b>	<b>FDP</b>	<b>BM</b>
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	X
<b>NEIN</b>						
<b>ENTHALTUNG</b>						

<b>TOP</b>	<b>8</b>	<b>Grundstücksangelegenheiten</b>
------------	----------	-----------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

<b>TOP</b>	<b>9</b>	<b>Bau- und Planungsangelegenheiten</b>
------------	----------	---

<b>TOP</b>	<b>9.1</b>	Bebauungsplan Rheinbach Nr. 31 "Gewerbegebiet Meckenheimer Straße" 4. Änderung für den Bereich Kleine Heeg/Römerkanal im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB; hier: Gesamtabwägung und Satzungsbeschluss
------------	------------	--

Ratsherr Weber (CDU) erklärt sich nach § 12 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse für befangen und nimmt im Zuschauerraum Platz.

<b>Beschluss</b>	
<p><b>a) Beschluss über die Gesamtabwägung der im Verfahren vorgebrachten Stellungnahmen</b></p> <p>Der Rat der Stadt Rheinbach nimmt zur Kenntnis, das im Zuge der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung gemäß § 13 a (3) Nr. 2 Baugesetzbuch keine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit abgegeben wurde. Die im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Rat der Stadt Rheinbach geprüft und gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen. Der Rat hat zudem zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB keine Äußerungen und Stellungnahmen von Seiten der Öffentlichkeit vorgebracht wurden.</p> <p>Der Rat der Stadt Rheinbach fasst in seiner Sitzung am 26.04.2021 den Beschluss über die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Rheinbach Nr. 31 „Gewerbegebiet Meckenheimer Straße“, 4. Änderung. Eine Beschlussfassung über vorgebrachte Äußerungen und Stellungnahmen im Rahmen der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung gemäß § 13 a (3) Nr. 2 BauGB und im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB ist mangels Vorlage von Stellungnahmen</p>	

nicht erforderlich. Grundlage für den Beschluss ist die der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügte Zusammenfassung der Stellungnahmen mit Abwägungsergebnis. Die Übersicht der Abwägungsent-scheidung ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Abwägungsgründe in Kenntnis zu setzen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt  
bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
<b>JA</b>	12	X	X		X	X
<b>NEIN</b>						
<b>ENTHALTUNG</b>				X		
<b>BEFANGEN</b>	1					

#### **b) Satzungsbeschluss**

Nach der Beschlussfassung über die Gesamtabwägung der im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen beschließt der Rat den Bebauungsplan Rheinbach Nr. 31 „Gewerbegebiet Meckenheimer Straße“, 4. Änderung, der unter Anwendung des beschleunigten Verfahrens gemäß § 13 a Baugesetzbuch ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt worden ist und bei dem von einer frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung im Sinne des § 3 (1) BauGB abgesehen wurde, gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch und § 86 Bauordnung NRW als Satzung.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Rheinbach Nr. 31 „Gewerbegebiet Meckenheimer Straße“, 4. Änderung umfasst eine ca. 0,52 ha große Fläche im östlichen Bereich der Rheinbacher Kernstadt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke Nr. 178 und 179, Gemarkung Rheinbach, Flur 38. Das Plangebiet wird im Norden von der Straße „Römerkanal“ und im Süden von der Straße „Kleine Heeg“ begrenzt. Im Westen verläuft die Plangebietsgrenze entlang der Flurstücke 14, 236, 243, 245, 255, Gemarkung Rheinbach, Flur 38. Die östliche Abgrenzung wird durch die Flurstücke 16 und 206, Gemarkung Rheinbach, Flur 38 gebildet. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans ist dem der Beschlussvorlage beigefügten Lageplan zu entnehmen.

Die 4. Änderung des Bebauungsplans besteht aus zeichnerischen und textlichen Festsetzungen sowie aus Hinweisen. Eine Begründung sowie die dazugehörigen Fachgutachten sind beigefügt. Die Begründung wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte zum Inkrafttreten des Bebauungsplanes Rheinbach Nr. 31 „Gewerbegebiet Meckenheimer Straße“, 4. Änderung, durchzuführen.

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt  
bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
<b>JA</b>	12	X	X		X	X
<b>NEIN</b>						
<b>ENTHALTUNG</b>				X		
<b>BEFANGEN</b>	1					

TOP	10	Besetzung von Ausschüssen und Gremien
-----	----	---------------------------------------

TOP	10.1	Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss
-----	------	---------------------------------------

**Beschluss**

Anstelle von Herrn Sebastian Ruland wird Herr Alexander Kern als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für den Verband Christlicher Pfadfinder Stamm Pfalzgraf Ezzo in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	*)
<b>NEIN</b>						
<b>ENTHALTUNG</b>						

\*) Bei der Ersatzwahl zu Ratsausschüssen und Gremien hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.

TOP	10.2	Nachbesetzung im Betriebsausschuss
-----	------	------------------------------------

**Beschluss**

Herr Martin Specht wird als stellvertretender Sachkundiger Bürger in den Betriebsausschuss gewählt. Er folgt Herrn Peter Heck.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	*)
<b>NEIN</b>						
<b>ENTHALTUNG</b>						

\*) Bei der Ersatzwahl zu Ratsausschüssen und Gremien hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

<b>TOP</b>	10.3	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
------------	------	---

<b>Beschluss</b>																													
<p>1.) Herr Norbert Stein wird als Ratsmitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gewählt. Er folgt Ratsherrn Dr. Reinhard H. Ganten.</p> <p>2.) Herr Dr. Reinhard H. Ganten wird als sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gewählt. Er folgt Herrn Norbert Stein.</p> <p>3.) Herr Peter Heck wird als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gewählt. Er folgt Herrn Martin Specht.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</b></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><b>JA</b></td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>*)</td> </tr> <tr> <td><b>NEIN</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><b>ENTHALTUNG</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>*) Bei der Ersatzwahl zu Ratsausschüssen und Gremien hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.</p>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	<b>JA</b>	X	X	X	X	X	*)	<b>NEIN</b>							<b>ENTHALTUNG</b>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	*)																							
<b>NEIN</b>																													
<b>ENTHALTUNG</b>																													

<b>TOP</b>	10.4	Nachbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Mobilität
------------	------	---

<b>Beschluss</b>																													
<p>Ratsherr Dieter Huth wird als Ratsmitglied in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität gewählt. Er folgt Ratsherrn Dr. Reinhard H. Ganten.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</b></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><b>JA</b></td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>*)</td> </tr> <tr> <td><b>NEIN</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><b>ENTHALTUNG</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>*) Bei der Ersatzwahl zu Ratsausschüssen und Gremien hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.</p>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	<b>JA</b>	X	X	X	X	X	*)	<b>NEIN</b>							<b>ENTHALTUNG</b>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	*)																							
<b>NEIN</b>																													
<b>ENTHALTUNG</b>																													

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

TOP	10.5	Nachbesetzung im Ausschuss für Schule, Bildung und Sport
-----	------	--

<b>Beschluss</b>																													
<p>In den <b>Ausschuss für Schule, Bildung und Sport</b> werden</p> <p>Herr Magnus Wagner als Mitglied mit beratender Stimme für die <b>Vertretung der Stadtschulpflegschaft</b></p> <p>und</p> <p>Herr Karl Steiger als stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme für die <b>Vertretung des Stadtsportverbandes</b></p> <p>gewählt.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</b></p> <table border="1" data-bbox="212 902 1110 1077"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><b>JA</b></td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>*)</td> </tr> <tr> <td><b>NEIN</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><b>ENTHALTUNG</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>*) Bei der Ersatzwahl zu Ratsausschüssen und Gremien hat der Bürgermeister kein Stimmrecht.</p>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	<b>JA</b>	X	X	X	X	X	*)	<b>NEIN</b>							<b>ENTHALTUNG</b>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	*)																							
<b>NEIN</b>																													
<b>ENTHALTUNG</b>																													

TOP	11	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
-----	----	--

TOP	11.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 16.02.2021 zur Realisierung einer Mehrzweckhalle in Wormersdorf
-----	------	---

Ratsfrau Rentzsch (FDP) erläutert den Antrag und bittet darum, dass die Verwaltung mit der Prüfung von Realisierungsmöglichkeiten für eine Mehrzweckhalle in Wormersdorf beauftragt wird.

Bürgermeister Banken schlägt vor, dass sich die Lenkungsgruppe im Rahmen des Sportstättenentwicklungskonzepts auch mit der Mehrzweckhalle Wormersdorf befassen solle. Sofern eine Realisierung in absehbarer Zeit möglich erscheint, gilt es entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Ansonsten sollte dieses Projekt zunächst einmal zurückgestellt werden.

Ratsfrau Beckers (Grüne) schlägt vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss zu verweisen. Sie macht darauf aufmerksam, dass es bereits einen Prüfauftrag an die Verwaltung gibt, Fördermöglichkeiten für die Mehrzweckhalle in Merzbach zu prüfen. Vielleicht sei dies analog auch für Wormersdorf möglich.

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

Ratsfrau Krupp (SPD) regt an, dass im Ort selbst eine Diskussion über die Realisierung einer Mehrzweckeinrichtung erfolgen sollte. Nach ihrer Kenntnis gebe es bereits ein mögliches Grundstück (gegenüber Kraut an der Autobahn).

Ratsfrau Rentzsch (FDP) kann sich mit dem Vorschlag von Ratsfrau Beckers (Grüne) anfreunden, möchte aber Punkt 5 des Antrages aufrechterhalten und im Fachausschuss diskutieren und beraten.

Bürgermeister Banken schlägt als Beschlussvorschlag vor, die Lenkungsgruppe des Sportstättenentwicklungsplanes mit der Nr. 5 des Antrages zu beauftragen.

Ratsfrau Rentzsch (FDP) ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

<b>Beschluss</b>																																		
<p>Der Rat beauftragt die Lenkungsgruppe des Sportstättenentwicklungsplanes mit der Prüfung, ob es für die Errichtung oder Ertüchtigung von Mehrzweckeinrichtungen bestehende oder angekündigte Fördermaßnahmen seitens Bund, Land, EU oder privaten und öffentlichen Stiftungen gibt.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</b></p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><b>JA</b></td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td><b>NEIN</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><b>ENTHALTUNG</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	<b>JA</b>	X	X	X	X	X	X	<b>NEIN</b>							<b>ENTHALTUNG</b>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	X																												
<b>NEIN</b>																																		
<b>ENTHALTUNG</b>																																		

TOP	11.2	Grundsatzantrag der SPD-Fraktion vom 23.02.2021 zu den Prioritäten des Rates in der aktuellen Ratsperiode
-----	------	---

Ratsfrau Koch (SPD) erläutert, dass bislang keine gemeinsamen Ziele in der aktuellen Ratsperiode definiert wurden. Für die SPD-Fraktion sei es wichtig, dass sich der Rat auf Ziele verständige, damit dies engagiert weiterverfolgt werden könne und der Verwaltung Prioritäten für die Umsetzung vorgebe.

Inzwischen hätten die anderen Fraktionen signalisiert, dass hierzu noch weiterer Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht. Deshalb beantragen Ratsfrau Koch (SPD) und Ratsherr Schiebener (Grüne), den Antrag zur weiteren Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

<b>Beschluss</b>						
<p>Der Grundsatzantrag der SPD-Fraktion vom 23.02.2021 zu den Prioritäten des Rates in der aktuellen Ratsperiode wird zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.</p>						

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
<b>JA</b>	X	X	X	X	X	X
<b>NEIN</b>						
<b>ENTHALTUNG</b>						

TOP	11.3	Antrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2021 zur Erstellung von Dorfentwicklungskonzepten
-----	------	---

Ratsherr Brozio (CDU) teilt mit, dass die Landesregierung die 2.000-Einwohnermarke im Landesentwicklungsplan aufgehoben habe und nun die Möglichkeit bestehe, die Dörfer weiterzuentwickeln. Da der Antrag nicht in einen Ausschuss verwiesen werden soll, beantragt er, dass die Verwaltung Kontakt mit der Bezirksregierung und der dortigen Sonderbehörde (ehemalige Agrarstrukturverwaltung) aufnehmen soll. Denn dort gebe es noch entsprechende Dezernate die sich um Dorfentwicklung und –erneuerung sowie um Fördermittel kümmern. Dabei soll ausgelotet werden, wie die Stadt Rheinbach am Dorfentwicklungsprogramm teilnehmen und beginnend mit Oberdrees ein Dorfentwicklungskonzept erstellt werden kann.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werden diesen Antrag unterstützen, aber mit der Klarstellung, dass es hier primär nicht darum gehe, in den kleinen Ortschaften neue Baugebiete auszuweisen, sondern um die Entwicklung und Umwidmung des vorhandenen Wohnraums.

Die SPD-Fraktion ist mit der Intention des Antrages ebenfalls einverstanden, so Ratsherr Dr. Wilmers (SPD). Allerdings bestehe noch Konkretisierungsbedarf für die Beschlussfassung. Er schlägt daraufhin folgenden Änderungsantrag vor: Der Rat der Stadt Rheinbach strebt die Erstellung von Dorfentwicklungskonzepten für alle Rheinbacher Ortschaften, beginnend mit Ober- und Niederdrees an. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit Aufsichts- und Fachbehörden sowie den Ortsvorsteher\*Innen Gespräche über das weitere Vorgehen bei der Erstellung von Dorfentwicklungskonzepten zu führen. In diesen Gesprächen soll die Möglichkeit zur Akquirierung von Fördermitteln der EU, des Bundes und / oder des Landes NRW abgeklärt werden. Anschließend wird der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen über die Ergebnisse der Gespräche informiert und ein Beschlussvorschlag unterbreitet, ob und wie Dorfentwicklungskonzepte erstellt werden sollen, welche Vorteile damit verbunden und welcher personelle und finanzielle Aufwand für die Erstellung ggf. zu leisten wäre.

Ratsherr Huth (UWG) möchte den Antrag der CDU-Fraktion gerne unterstützen, sieht aber eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung ebenfalls als zu früh an. Deshalb würde die UWG-Fraktion dem Änderungsantrag von Ratsherrn Dr. Wilmers (SPD) zustimmen.

*Ratsherr Schneider (CDU) beantragt nach § 17 der Geschäftsordnung eine Sitzungsunterbrechung. Nach einer Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten setzt Bürgermeister Banken die Sitzung fort.*

Ratsherr Brozio (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich an den Formulierungen des Beschlusses festhält, allerdings mit folgenden kleinen Änderungen:

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

Der Rat der Stadt strebt an, beginnend mit Ober- und Niederdrees, für alle Rheinbacher Ortschaften ein Dorfentwicklungskonzept zu erstellen. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, mit der Bezirksregierung Köln, Dezernat 33: „Förderung im ländlichen Raum, Dorferneuerung und Dorfentwicklung“ Gespräche über das weitere Vorgehen zur Erstellung von Dorfentwicklungskonzepten zu führen. In diesen Gesprächen soll ebenfalls die Akquirierung von Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes NRW abgeklärt werden. Die Verwaltung legt in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen eine erste schriftliche Vorlage mit inhaltlichen und fachlichen Erläuterungen vor.

Danach lässt Bürgermeister Banken über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

<b>Beschluss</b>																													
<p>Der Rat der Stadt strebt an, beginnend mit Ober- und Niederdrees, für alle Rheinbacher Ortschaften ein Dorfentwicklungskonzept zu erstellen.</p> <p>Dazu wird die Verwaltung beauftragt, mit der Bezirksregierung Köln, Dezernat 33: „Förderung im ländlichen Raum, Dorferneuerung und Dorfentwicklung“ Gespräche über das weitere Vorgehen zur Erstellung von Dorfentwicklungskonzepten zu führen. In diesen Gesprächen soll ebenfalls die Akquirierung von Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes NRW abgeklärt werden.</p> <p>Die Verwaltung legt in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen eine erste schriftliche Vorlage mit inhaltlichen und fachlichen Erläuterungen vor.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung von Ratsherrn Kramme (UWG)</b></p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><b>JA</b></td> <td>X</td> <td>X</td> <td>5</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td><b>NEIN</b></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><b>ENTHALTUNG</b></td> <td></td> <td></td> <td>1</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	<b>JA</b>	X	X	5	X	X	x	<b>NEIN</b>							<b>ENTHALTUNG</b>			1			
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
<b>JA</b>	X	X	5	X	X	x																							
<b>NEIN</b>																													
<b>ENTHALTUNG</b>			1																										

TOP	12	Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung
-----	----	------------------------------------

TOP	12.1	Anfrage der FDP-Fraktion vom 25.01.2021 zur Digitale Infrastruktur / IT-Ausstattung innerhalb der Verwaltung
-----	------	--

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	12.2	Anfrage der UWG-Fraktion vom 03.02.2021 zu den Straßenausbaubeiträgen
-----	------	---

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

TOP	12.3	Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.02.2021 zum Sachstand der Planung bzw. Umsetzung einer Lebensmittel-Nahversorgung in Wormersdorf
-----	------	--

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	12.4	Anfrage der UWG-Fraktion vom 23.02.2021 zur Nachbepflanzung von Bäumen in Ramershoven
-----	------	---

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	12.5	Anfrage der UWG-Fraktion vom 25.02.2021 zum Energiebericht 2019
-----	------	---

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	12.6	Anfrage der FDP-Fraktion vom 28.02.2021 zur digitalen Ausstattung der Rheinbacher Grundschulen und digitalen Infrastruktur der Verwaltung
-----	------	---

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	12.7	Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.03.2021 zu den offenen Bürgeranträgen
-----	------	---

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Nachfrage von Ratsherrn Dr. Wilmers (SPD):**

„Sind Sie sich sicher, dass alle offenen Bürgeranträge hier aufgelistet sind? Denn meines Erachtens fehlen welche“.

**Antwort der Fachbereichsleiterin Hoffmann:**

„Alle Anträge, die strenggenommen und formaljuristisch als Bürgeranträge zu werten waren, wurden in die Liste aufgenommen. Aber ich gebe Ihnen recht: wir haben einige Anregungen von Bürger\*innen bekommen, die z.B. auf verkehrliche Themen hinweisen. Diese sind Geschäfte der laufenden Verwaltung. Sie werden bereits bearbeitet und wir sind dazu mit den Bürger\*innen in Kontakt.“

TOP	12.8	Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.03.2021 zur Fußgängerbrücke vom Drosselweg über den Gräbbach zur Schützenstraße
-----	------	---

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	12.9	Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.03.2021 zur Marienkapelle auf dem Pallotti-Areal
-----	------	--

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

<b>Niederschrift</b>	11/4. Sitzung des Rates
<b>Datum</b>	Montag, 26.04.2021

TOP	12.10	Anfrage von Ratsfrau Carolin Beckers vom 11.04.2021 zum Denkmalschutz der Pallottikirche
-----	-------	--

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	12.11	Anfrage von Ratsfrau Carolin Beckers vom 11.04.2021 zur Behinderung der Müllabfuhr im Meistermannweg
-----	-------	--

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zusatzfrage Ratsfrau Beckers (Grüne):**

„Ist es aus Sicht der Verwaltung möglich, in den angesprochen Bereichen Halteverbotsmarkierungen anzubringen, um dort kein Falschparken zu verhindern“?

**Antwort der Verwaltung:**

Die Frage wird im Nachgang zur Sitzung schriftlich beantwortet.

TOP	13	Mitteilungen des Vorsitzenden
-----	----	-------------------------------

Fachbereichsleiterin Hoffmann erläutert die Auswirkungen der **Bundesnotbremse** für die Stadt Rheinbach. Durch die Regelungen des neuen § 28 b des Infektionsschutzgesetzes, gelte ab einer 7-Tage-Inzidenz von über 100 eine Ausgangsbeschränkung von 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr. Im Rhein-Sieg-Kreis und damit auch in der Stadt Rheinbach sei dies seit dem 24. April 2021 um 0.00 Uhr der Fall. Entsprechendes Personal wurde zur Kontrolle, zusammen mit der Polizei, am Wochenende eingesetzt und es gab im Rheinbacher Stadtgebiet keinerlei Verstöße. So lange der 7-Tage-Inzidenzwert unter 150 liegt, dürfen die Geschäfte weiterhin das System „click and meet“ (Terminvereinbarung mit negativem Testergebnis) durchführen. Ab einer Inzidenz von über 150 ist nur noch „click and collect“ möglich. In den Schulen dürfe ab einer Inzidenz von 165 kein Präsenz-, sondern nur noch Wechselunterricht stattfinden.

Bürgermeister Banken schließt darauf den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.